

P419

205278

Keine Kriminalisierung am feministischen Streiktag!

An: Petition an den Grossen Rat Basel-Stadt

Am 14. Juni fand neben den vom feministischen Streikkomitee organisierten Kundgebungen ein selbstorganisierter Protest von TINF*-Personen (trans, inter, nonbinäre Menschen und Frauen) statt, gegen den die Kantonspolizei Basel martialisch und unverhältnismässig vorgegangen ist. Dabei wurden zahlreiche Kleingruppen von Frauen und genderqueeren Menschen gemeinsam auf der Johannerbrücke eingekesselt. Den Aktivist*innen wurde jede Möglichkeit die Demo zu verlassen, verwehrt. Ein gigantisches Polizeiaufgebot, Gummischrotgewehre, die aus nächster Nähe auf Kopfhöhe in die Menge zielten, Pfefferspray einsatzbereit in der Hand. Auch sexistisches Gehabe und Ausserungen einiger Polizist*innen sollten einschüchtern. Zudem kam es zu körperlicher Gewalt durch Polizeikräfte.

Dieser Angriff gilt selbstorganisiertem, feministischem Widerstand. Dieser Angriff gilt uns allen! Deshalb fordern wir:

- Keine Bussen bzw. Rückzug bereits ausgestellter Bussen!
- Keine Weiterleitung der Daten an die Staatsanwaltschaft!
- Eine aufrichtige Entschuldigung gegenüber allen, die am 14. Juni Gewalt und Leid erfahren haben!

Warum ist das wichtig?

Es ist zynisch, dass Menschen, die unter anderem gegen Gewalt an ihren Körpern demonstrieren, mit staatlicher Gewalt auf's Schärfste konfrontiert werden.

Streiken ist kein Sonntagsspaziergang - für niemanden. Dennoch war es auch an diesem Tag wichtig, die Alltagsroutine zu durchbrechen. Frauen und queere Menschen haben das Leben und Überleben während der Covid-19-Krise getragen und gleichzeitig waren sie es, die besonders unter den Konsequenzen dieses Ausnahmezustandes in Form von mehr Verantwortung, Doppelbelastung und/oder häuslicher Gewalt litten!

Dass dieser notwendige Protest nun illegalisiert wird, unsere Freund*innen kriminalisiert werden, lassen wir nicht zu.

Wir sind feministisch!
Wir sind solidarisch!
Wir sind viele!

Von 1.635 Menschen unterzeichnet: